

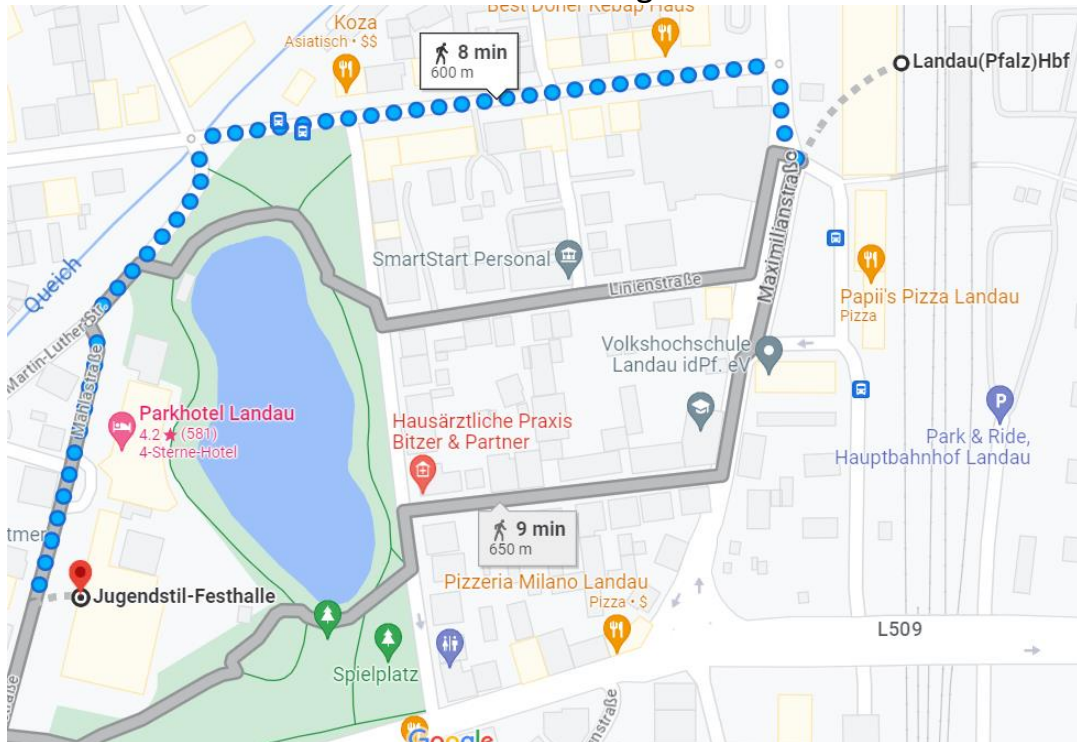
Tagungsunterlagen I

Anträge und Vorlagen zum Landesparteitag
am 9. Dezember 2023 in Landau (Pfalz)

Organisatorische Hinweise zur Versammlung

1) Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln:

Vom Hauptbahnhof Landau aus, sind es nur 600 Meter zu Fuß zur Jugendstil-Halle. Somit erreicht ihr den Veranstaltungsort unter 10 Minuten.

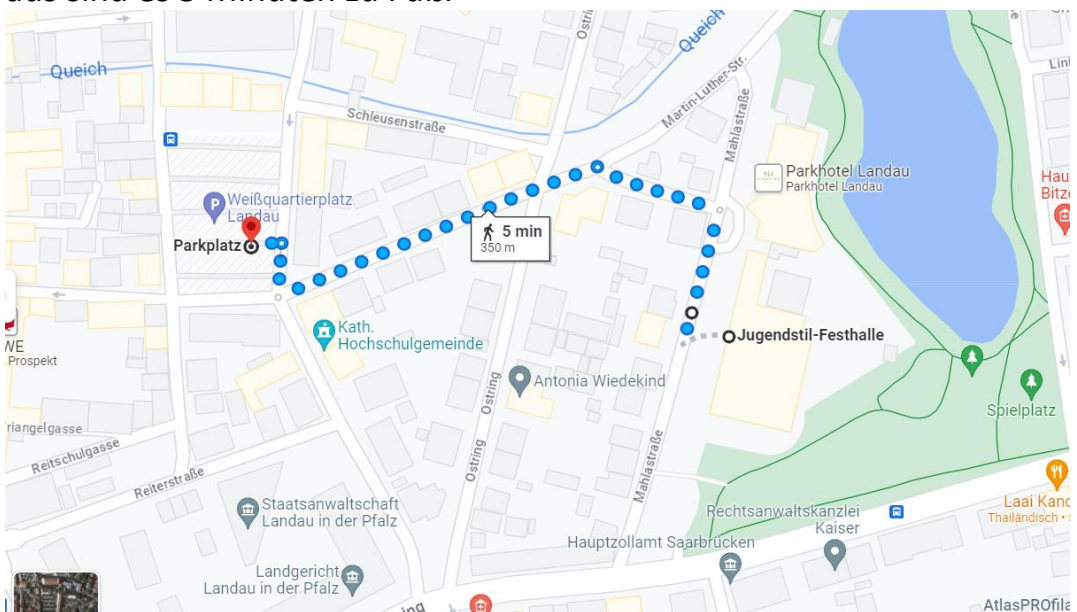


Bildausschnitt: maps.google.de

Anfahrt und Parkplätze

Mit dem PKW:

Direkt an der Halle befinden sich nur wenige Parkplätze. Aus diesem Grund möchten wir euch bitten einen der nächstgelegenen Parkplätze anzusteuern. Diesen findet ihr beispielsweise in der „Moltkestr. 1, 76829 Landau“. Von dort aus sind es 5 Minuten zu Fuß.



Bildausschnitt: maps.google.de

- 2) **Verpflegung und Getränke**
Das Mitbringen von Getränken und Essen ist in der Halle erlaubt.
Eine Versorgung mit einer Bestellmöglichkeit wird derzeit verhandelt. Ihr bekommt hierzu noch eine gesonderte Mail.
Einige Einkaufsmöglichkeiten sind mit kurzem Fußweg erreichbar.
- 3) **Kinderbetreuung**
Gemäß des Beschlusses des Frauenplenums sind wir bemüht eine Kinderbetreuung vor Ort zu organisieren. Trotzdem ist eine Voranmeldung mit Anzahl und Alter des Kindes / der Kinder zur besseren Planung dringend erforderlich. Bitte wendet euch an lgs@die-linke-rlp.de.
- 4) **Freies WLAN**
Aufgrund des Livestreams der Veranstaltung können wir euch keinen Zugang zum WLAN zusichern. Bitte bereitet euch also darauf vor, dass in der Halle höchstwahrscheinlich kein Internet zur Verfügung stehen wird.
- 5) **Livestream und Fotos**
Die Versammlung wird via Livestream übertragen und auch über Fotos dokumentiert; was auch bedeutet, dass ihr auf dem ein oder anderen Bild zu erkennen sein werdet. Solltet ihr dem nicht zustimmen wollen, meldet euch wenn möglich im Vorfeld, damit wir euch während der Tagung des Parteitages kenntlich machen können.
- 6) **Sitzplätze für Delegierte**
Die Delegierten bekommen Sitzplätze nach Kreisverbänden geordnet zugewiesen.
- 7) **Teilnahme von Gästen**
Für eine bessere Planung möchten wir alle Interessierte* bitten, sich im Vorfeld als Gast anzumelden. Bitte wendet euch hierzu an parteitag@die-linke-rlp.de
- 8) **Ausweisdokumente**
Zur Sicherheit möchten wir alle Delegierte bitten, ihre gültigen Ausweisdokumente mit zur Versammlung zu bringen und diese bei Nachfragen der Mandatsprüfungskommission vorzuzeigen.
- 9) **Stände für Landesarbeitsgemeinschaften / weitere Organisationen**
Die Anmeldung von Ständen ist über lgs@die-linke-rlp.de bis 14 Tage vor dem Parteitag möglich.
- 10) **Weitere Unterlagen zur Versammlung**
Sofern es weitere Unterlagen / Kandidaturen oder Veränderungen geben sollte, findet ihr diese auf der Landeshomepage unter:
<http://www.dielinke-rhlp.de/partei/parteitag/>

Bei weiteren Fragen oder Anregungen könnt ihr euch gerne an die Landesgeschäftsstelle wenden:

lgs@die-linke-rlp.de

Awareness-Konzept Landesparteitag

9.12.2023 in Landau

„Trotz wesentlicher Erfolge der Emanzipationsbewegung ist Sexismus nach wie vor tief verwurzelt in der Gesellschaft und damit auch in unserer Partei. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle Geschlechter gleichberechtigt teilhaben und niemand auf Grund des Geschlechtes Opfer von Ausgrenzung, Herabwürdigung und Gewalt wird. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass auch in unserer Partei patriarchale Strukturen existieren, die Sexismus und Übergriffe bis hin zu sexualisierter Gewalt begünstigen. Das wollen wir ändern! Denn die LINKE Rheinland-Pfalz versteht sich als feministische Partei. Sexismus und sexualisierte Gewalt dürfen bei uns keinen Platz haben. Wir wollen eine Partei, die geprägt ist, von Fairness, Solidarität und einem achtsamen Umgang miteinander.“

Richtlinien für einen antisexistischen Konsens in der LINKEN Rheinland-Pfalz Beschluss des Parteitages vom 24.09.2022

Awareness, der bewusste Versuch, Diskriminierungen zu erkennen und für Hierarchien innerhalb einer Gruppe bzw. Veranstaltung sensibel zu sein. Dadurch sollen Menschen, welche Verletzungen erleben, in ihrem Umgang mit diesen Erfahrungen unterstützt werden. Ohnmachtsgefühle werden somit durch die Möglichkeit ersetzt, auf Grenzüberschreitungen zu reagieren und eigene Entscheidungen zu treffen.

Durch Awareness-Arbeit wird versucht, Veranstaltungen so diskriminierungsarm wie möglich zu gestalten. Es soll eine Atmosphäre geschaffen werden, die es erlaubt, Verantwortungen zu übernehmen und Grenzen zu wahren, sodass sich alle sicher fühlen können.

Um diese Ziele zu erreichen, wird es auch bei diesem Landesparteitag ein Awareness-Team auf dem Landesparteitag geben.

Das Team ist Ansprechpartner*in für alle Teilnehmenden

- die sich durch **konkretes Verhalten anderer eingeschränkt fühlen**,
- also **Grenzüberschreitungen erleben**, Beispiele wären **sexistische Anmerkungen oder übergriffige Berührungen**.

Ziel ist es, Konflikte durch Rücksprache mit allen beteiligten Menschen zu lösen und einen Weg zu finden, in dem sich alle entfalten können.

Wir stehen dabei immer solidarisch an der Seite der Betroffenen und lehnen Täterschutz entschieden ab.

Wenn ihr Zeugen von Vorkommnissen werdet, die eurer Meinung nach auf dem LPT nichts verloren haben, in eine Situation geratet, die euch belästigt oder euch durch eine Thematik getriggert fühlt, wendet euch möglichst an die Personen, die zu Beginn des Parteitages für das Awareness-Team vorgestellt wurden. Auch wenn ihr euch nicht sicher seid, erstmal einfach jemanden zum Sprechen braucht oder einen neutralen Raum sucht, in dem ihr nicht gestört werdet, sind wir für euch da.

Eure Ansprechpartner*innen bei diesem Parteitag sind

- **Carlotta Stahl**, Kreisverband Mainz / Mainz-Bingen
- **Kim Mai**, Kreisverband Speyer

Ihr erkennt beide an den Schildern auf ihren Plätzen

Solltet ihr Beide nicht finden können, meldet euch bitte an der Orga. Wir zeigen euch die Plätze der Ansprechpartner*innen.

O-Anträge

Anträge zur Organisation des Parteitages
und zu weiteren organisatorischen Fragestellungen

Bereits beschlossen

Geschäftsordnung der Landesparteitage

Periode 2022/2023

1. Leitung - Arbeitsgremien - Aufgaben und Befugnisse

- a. Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block

- Tagungspräsidium
- Schriftführung
- die Mandatsprüfungskommission
- die Wahl- und Zählkommission
- die Antragsberatungskommission
- Awareness-Team

Der Parteitag kann zur Unterstützung der Kommission zu jeder Zeit weitere Helfer:innen wählen.

- b. Die Arbeit des Parteitages wird durch das Tagungspräsidium geleitet.
c. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

2. Beschlussfassung allgemein

- a. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist. Er gilt als beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht auf Antrag eines:r stimmberechtigten Delegierten durch die Tagungsleitung festgestellt worden ist.
- b. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmer:innen mit beratender Stimme sowie alle Mitglieder der Partei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz haben Rederecht.
- c. Über das Rederecht für Gäste entscheidet die Versammlung. Gästen kann dann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt und entzogen werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
- d. Beschlüsse des Parteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nichts anderes vorschreiben.
Stimmenthaltungen bleiben hierbei unberücksichtigt.
Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten.
Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler:innen ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

3. Erforderliche Mehrheiten bei Wahlen

- a. Es gilt die Wahlordnung der Partei DIE LINKE.
- b. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit erforderlich. Also die Zahl der gültigen Ja-Stimmen muss größer sein, als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen.
- c. Erhält im ersten Wahlgang keine/r der Bewerber:innen die erforderliche Mehrheit, so gehen die beiden Bewerber:innen mit den meisten Ja-Stimmen in eine Stichwahl. In dieser Stichwahl gilt die einfache Mehrheit.
- d. Entfällt bei der Wahl der Mitglieder des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission die Möglichkeit der Abgabe von Nein-Stimmen, so sind im ersten Wahlgang die Personen gewählt, welche auf mind. $\frac{1}{4}$ der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Ein weiterer Wahlgang ist zulässig, wenn Ämter im ersten Wahlgang nicht besetzt werden konnten. Im zweiten Wahlgang nehmen die Bewerber:innen teil, welche die meisten Ja-Stimmen auf sich vereinigen konnten – jedoch maximal die doppelte Anzahl der noch zu besetzenden Ämter.

4. Regeln in der Debatte

- a. Die Tagesleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die

- Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Redner:innen zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.
- b. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Kreisverband anzugeben. Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Redner:innen ist nicht möglich. Die Redezeit für Diskussionsredner:innen beträgt maximal 2 Minuten.
 - c. Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen (nicht Wahlen) persönliche Erklärungen abgeben, sofern die Debatte dazu einen persönlichen Anlass ergeben hat. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.
 - d. Redezeiten bei Wahlen:
 - Kandidierende zum Landesvorstand haben bei Ihrer Vorstellung die Möglichkeit einmalig eine Redezeit von max. 5 Minuten zu nutzen.
 - o Es sind maximal 5 Nachfragen an die Kandidierenden zulässig. Die Nachfragen sind kurz zu formulieren (maximal 1 Minute).
 - o Zur Beantwortung der Fragen wird den Kandidierenden jeweils maximal 3 Minuten eingeräumt.
 - Kandidierende zu Landesschiedskommission und Landesfinanzrevisionskommission wird einmalig eine Redezeit von max. 1 Minute gewährt.
 - o Es sind maximal 3 Nachfragen an die Kandidierenden zulässig. Die Nachfragen sind kurz zu formulieren (maximal 1 Minute).
 - o Zur Beantwortung der Fragen wird den Kandidierenden jeweils maximal 2 Minuten eingeräumt.

5. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

- a. Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der Redner:innen sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte zunächst die Möglichkeit gegen den Antrag, danach für den Antrag zu sprechen.
- b. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner:innen zu verlesen.
- c. Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen "für" den Antrag, dann "gegen" den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzufragen sind.
- d. Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.
- e. Anträge mit initiativem Charakter (Initiativanträge) deren Gegenstand nach Ende der Antragsfrist bekannt wurde, können mit der Unterstützung von mind. 15 Delegierten bis 12.30 Uhr am Tage des Parteitages schriftlich bei der Antragsberatungskommission eingereicht werden. Für alle anderen Anträge / Änderungsanträge gelten die in der Einladung genannten Fristen.

O-01

Tagesordnung zum Landesparteitag

9. Dezember 2023 in Landau

Antragsteller*innen: Landesvorstand

TOP 1 Eröffnung, Begrüßung

TOP 2 Wahl des Tagungspräsidiums

TOP 3 Wahl der Mandatsprüfungskommission

TOP 4 Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 5 Bestätigung der Antragsberatungskommission

TOP 6 Wahl der Wahlkommission- und Zählkommission

TOP 7 Beschluss der Tagesordnung

TOP 8 Grußworte

TOP 9 Politisches Referat

Frauenplenum / Workshop für sich männlich definierende Genossen

TOP 10 Bericht des Frauenplenums

TOP 11 Bericht des Landesvorstandes

TOP 12 Beratung und Beschlussfassung der Kommunalpolitischen Eckpunkte

TOP 13 Etwaige Nachwahlen zur Landesschiedskommission

TOP 14 Etwaige Nachwahlen zur Landesfinanzrevisionskommission

TOP 15 Nachwahlen zum Landesvorstand
(Co-Vorsitzende, 2x Beisitzerin)

a) Geheime Wahl der einzelnen Positionen des Landesvorstandes inkl. Vorstellung und Befragung.

TOP 16 Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesausschuss

TOP 17 Anträge und Resolutionen

TOP 18 Schlusswort

O-02

Zeitplanung zum Landesparteitag 9. Dezember 2023 in Landau

Antragsteller*innen: Landesvorstand

10.00 Uhr – 10.30 Uhr	TOP 1 – TOP 7	Eröffnung, Begrüßung
10.30 Uhr – 10.45 Uhr	TOP 8	Grußworte
10.45 Uhr – 11.15 Uhr	TOP 9	Politisches Referat
11.15 Uhr – 11.45 Uhr	Frauenplenum / Workshop für sich männlich definierende Genossen	
11.45 Uhr – 12.00 Uhr	TOP 10	Bericht des Frauenplenums
12.00 Uhr – 12.45 Uhr	TOP 11	Bericht des Landesvorstandes inkl. Aussprache
12.45 Uhr – 13.15 Uhr	Mittagspause	
13.15 Uhr – 14.30 Uhr	TOP 12	Beratung und Beschlussfassung der Kommunalpolitischen Eckpunkte
14.30 Uhr – 15.00 Uhr	TOP 13	Etwaige Nachwahlen zur Landesschiedskommission
15.00 Uhr – 15.30 Uhr	TOP 14	Etwaige Nachwahlen zur Landesfinanzrevisionskommission
15.30 Uhr – 16.30 Uhr	TOP 15	Nachwahlen zum Landesvorstand
16.30 Uhr – 17.00 Uhr	TOP 16	Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesausschuss
17.00 Uhr – 18.00 Uhr	TOP 17	Anträge und Resolutionen
18.00 Uhr – 18.15 Uhr	TOP 18	Schlusswort

O-03

Gremienbesetzung

09. Dezember 2023 in Landau

Antragsteller*in: Landesvorstand

Tagungsleitung

Theresia Görgen, SV Trier

Milena Mess, SV Trier

Dave Koch, KV Bernkastel-Wittlich

Tupac Orellana, KV Mainz / Mainz-Bingen

Protokoll

Denis Jundt, Landesgeschäftsstelle

Mandatsprüfungskommission

Daniel Emmerich, KV Landau / Süw

Marion Morassi, KV Ahrweiler

Wahl- und Zählkommission

Lena Edel, SV Kaiserslautern

Johann Everding, KV Mainz / Mainz-Bingen

Nico Buldau, KV Mainz / Mainz-Bingen

6x offen

Antragsberatungskommission

Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Tobias Schreiner, KV Landau / Süw

Awareness-Team

Kim Mai, KV Speyer

Carlotta Stahl, KV Mainz / Mainz-Bingen

Es begrüßen euch...

An der Anmeldung

Offen

Offen

P-Anträge

Politische Anträge und Resolutionen zum Landesparteitag.

1 P-01

2 Antragsteller:innen: Landesvorstand

3

4 **Kommunalpolitische Eckpunkte**

5 zur Kommunalwahl 2024

6

7 **1. Für soziale Gerechtigkeit**

8 Am Reichtum Deutschlands profitieren nur wenige Menschen. Für eine aktive
9 Armutsbekämpfung muss Kapitalismus auch kommunal verstanden werden. Aus der
10 Angst heraus Inverstoren oder ansässige Firmen zu vergraulen, sind die Kommunen
11 immer wieder für Geschenke und ein Einlenken von Verpflichtungen bereit. Wir
12 lehnen dies entschieden ab und betonen dort die Verantwortung der
13 Kapitaleigner*innen.

14 Soziale Investitionen müssen als Stärkung für die Zukunft angesehen werden und ein
15 emanzipatorisches Erstreiten mit den Aufsichtsbehörden, wie die ADD, gezielt
16 angegangen werden. Ein Ausspielen von dringenden Finanzierungen in den Kreisen
17 und Städten lehnen wir ab und forcieren die konsequente Verpflichtung, dass die
18 Würde des Menschen unantastbar ist.

19 All das ist nur möglich, wenn vor Ort systemrelevante Bereiche in kommunaler Hand
20 sind. Ein Ausverkauf für eine kurzfristige finanziellen Ausgleich hilft niemanden. Wir
21 Linke verweisen auch auf darauf, dass eine Erhöhung von beispielsweise
22 Kitabeiträgen eine reale Lohnsenkung bedeutet. Chancengleichheit in unserer
23 Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn finanziell schwächere Familien nicht real
24 schlechter an der Teilhabe gestellt werden.

25 Darüber hinaus haben Kommunen mit der Vergabe von Grundstücken, aktiver
26 Ansiedlungspolitik sowie Subventionen Einfluss, auf die Arbeitsbedingungen vor Ort.
27 Als Linke stehen wir für tarifgebundene, mitbestimmte Arbeitsplätze und somit für
28 gute Arbeitsbedingungen.

29 Wir fordern deshalb:

- 30 • Keine Geschenke in der Kommunalpolitik für Großkonzerne
- 31 • Firmen auch Kommunal in die Pflicht nehmen, damit sie ihrer
32 sozialen Verantwortung gerecht werden
- 33 • Ausweitung der sogenannten „freiwilligen Leistung“ für eine echte
34 Armutsbekämpfung
- 35 • Hilfsorganisationen und Beratungsstellen real unterstützen

- 36 • Kommunalisierung der Krankenhäuser, ÖPNV, Energieanbieter
- 37 • Vergabe nur an Unternehmen, die tarifgebunden mit der zuständigen
- 38 DGB-Gewerkschaft sind
- 39 • keine Vergabe an Unternehmen, die für Union-/Betriebsrats-Busting
- 40 bekannt sind
- 41 • keine Vergabe an Unternehmen, die Steuerflucht betreiben

42

43

44 **2. Für ökologische Kommunen**

45 Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit ist für uns untrennbar miteinander
46 verbunden. Kommunen sollen lebenswerte Orte für die Bürger*innen und auch in
47 Zukunft für Menschen in Stadt und auf dem Land attraktiv sein. Dazu muss sowohl
48 die Trinkwasserversorgung sichergestellt, als auch Mensch und Tier vor der
49 sommerlichen Hitze geschützt werden. Hierzu braucht es unversiegelte Flächen,
50 blühende Pflanzen und ausreichend Grün in der Stadt, sowie vielfältigere Äcker,
51 Felder und Wälder auf dem Land.

52 Wir brauchen klimaneutrale Kommunen und das bis spätestens 2035. Dazu ist neben
53 der Energiewende auch eine Wärme- und Mobilitätswende notwendig. Die
54 Kommunen müssen den Bürger*innen Vorbild sein und alle Gebäude mit
55 Photovoltaik ausstatten und die Dämmung sanieren. Parallel braucht es in allen
56 Kommunen Klima-Manager*innen und einen Plan zur Entsiegelung von Flächen,
57 damit der Flächenverbrauch auf Netto-Null gesenkt werden kann.

58 Wir fordern deshalb:

- 59 • Klimaneutrale Kommunen bis 2035
- 60 • Fassaden- und Dachbegrünungen fördern
- 61 • Innerörtliche Frei-, Grünflächen und Parks für Menschen, Tiere und
- 62 Insekten aufwerten
- 63 • Statt weiterer Flächenversiegelung Vorrang für Nachverdichtung
- 64 • Flächen entsiegeln und Aufenthalts- und Lebensqualität erhöhen
- 65 • die Ausweitung kommunaler Flächen für Solar- und
- 66 Windkraftwerken und Photovoltaikanlagen auf allen kommunalen
- 67 Dächern

- 68 • Umstellung der Fuhrparks von Städten und Gemeinden auf E-
69 Mobilität.
- 70 • Förderung des naturnahen Waldbaus, sowie Förderung und Erhalt
71 des Waldes als Kohlenstoffspeicher
- 72 • Kommunale Wärmenetze ausbauen und die Wärmewende
73 vorantreiben
- 74 • Vor dem Klimawandel schützen durch Katastrophenpläne bei
75 Hochwasser- und Starkregen
- 76 • Neubauten ökologisch und nachhaltig durchführen

77

78 **3. Für bezahlbares Wohnen**

79 Den Immobilieninvestoren ist es egal, wer gerade regiert. Gefördert und beschenkt
80 werden sie von allen Parteien. Vielerorts geht das Wohnungsangebot völlig an den
81 Bedürfnissen und Möglichkeiten immer größerer Teile der Bevölkerung vorbei.
82 Während Löhne sinken, steigen die Mieten seit Jahren extrem.

83 DIE LINKE steht hingegen konsequent auf der Seite der Mieterinnen und Mieter.
84 Wohnen ist ein Menschenrecht, mit dem keine Profite gemacht werden dürfen.

85 Wir fordern deshalb:

- 86 • den Ausbau des kommunalen Wohnbaus – Stopp aller
87 Privatisierungen
- 88 • die Abschaffung befristeter Mietverträge und von Maklergebühren
- 89 • die Einführung von bindender Sozialbauquote
- 90 • die Enteignung und Rekommunalisierung großer
91 Immobilienkonzerne
- 92 • Recht auf Mietkauf
- 93 • die Abschaffung von Indexmieten bzw. die Abschaffung von
94 Ausnahmen beim Mietpreisdeckel
- 95 • den Stopp der Umlage der Grundsteuer auf den Mieter
- 96 • Förderung und Finanzierung günstiger Wohnheime – für alle in
97 Ausbildung

98

99 **4. Für mehr Bewegungsfreiheit – Mobilität in Stadt und Land**

100 Die Frage der Mobilität ist von grundlegender sozialer Bedeutung und prägt das
101 Leben zahlreicher Menschen, insbesondere jener, die auf dem Land leben oder
102 zwischen Stadt und Land pendeln. Bedauerlicherweise sind vor allem auf dem Land
103 erhebliche Mängel festzustellen. Die geringe Taktfrequenz von Bussen und Bahnen
104 an vielen Orten, teils sogar das völlige Fehlen dieser Verkehrsmittel, in Kombination
105 mit überhöhten Fahrpreisen, führt dazu, dass viele Menschen in ihrer Mobilität stark
106 eingeschränkt sind. Sie werden mehr oder weniger aus dem sozialen Leben
107 ausgeschlossen oder sind auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen. Dies
108 hat nicht nur negative Auswirkungen auf das Klima und die Luftqualität in unseren
109 Städten, sondern führt auch zu sozialer Benachteiligung. Deshalb ist es dringend
110 erforderlich, einen attraktiven und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr für alle zu
111 schaffen.

112 Wir fordern deshalb:

- 113 • Stärkerer Ausbau von Fuß- und Fahrradwegen
- 114 • Attraktiver und kostenfreier öffentlicher Nahverkehr: Ein
115 Verkehrsverbund für ganz Rheinland-Pfalz
- 116 • Für sichere, komfortable und barrierefreie Fußwege.
- 117 • Reduzierung von Durchgangsverkehr in Wohngebieten
- 118 • Förderung der Infrastruktur für Elektrofahrzeuge
- 119 • Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken
- 120 • Förderung von dezentralen E-Carsharing-Angeboten
- 121 • Digitale Verknüpfung aller Nahverkehrs- und Mobilitätsangebote in
122 einer App:
- 123 • Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum zwischen 6 bis 22 Uhr

124

125 **5. Für ein friedliches Rheinland-Pfalz**

126 Die Abwesenheit von Krieg ist die Grundvoraussetzung für ein möglichst
127 selbstbestimmtes Leben. Die Militarisierung Deutschlands zeigt sich auch in vielen
128 Kommunen von Rheinland-Pfalz. Kaiserslautern, Ramstein, Büchel, Spangdahlem
129 sind die großen Militär-Standorte in Rheinland-Pfalz. Dass wir uns entschlossen auch
130 auf kommunaler Ebene für den Frieden einsetzen ist selbstverständlich.

131 Wir setzen uns für ein umfassendes Recht auf Asyl ein und für dein dauerhaftes
132 Bleiberecht mit dezentraler Unterbringung für die Geflüchteten in den Kommunen.

133 Wir fordern deshalb:

- 134 • ein Bundeswehrverbot und keine Bundeswehrpräsenz in den
135 Schulen
- 136 • Verpflichtende Schulbesuche zu den Konzentrationslagern
- 137 • Konversionsprojekte für die Militärstandorte

138

139 **6. Für Teilhabe auf allen Ebenen**

140 Gerade kommunal müssen wir unserer Verpflichtung, eine Teilhabe auf allen Ebenen
141 zu ermöglichen, nachkommen. Deshalb fordern wir die verpflichtende zeitnahe
142 Umsetzung der in der UN-Behindertenrechtskonvention sowie dem Bundes- und
143 Landesteilhabegesetz festgelegten Rechte beeinträchtigter Menschen.

144 Teilhabe bedeutet allerdings auch, dass niemand aufgrund seines Einkommens oder
145 seines Wohnquartiers benachteiligt wird. Hier ist noch einiges zu tun, damit auch
146 Menschen mit geringem oder keinem Einkommen aktiv am gesellschaftlichen Leben
147 teilhaben können und nicht weiter an den Rand der Stadt oder in unattraktive
148 Gebiete verdrängt werden.

149 Wir fordern deshalb:

- 150 • Barrierefreie öffentliche Räume
- 151 • barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und
152 Dienstleistungsangeboten der Verwaltung
- 153 • mehr barrierefreie Wohnungen zu bezahlbaren Mieten
- 154 • One Sign for all – öffentliche Schilder für alle gestalten
- 155 • Förderung von Stadtteilcafés als Treffpunkte ohne Konsumzwang
- 156 • Förderung von Vereinen mit inklusivem Charakter
- 157 • Den öffentlichen Raum für Veranstaltungen der Begegnung und des
158 Zusammenlebens öffnen
- 159 • Öffentliche Versammlungsstätten gegen geringe bzw. keine Gebühr

160

161 **7. Für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung**

162 Seit Jahren wird das öffentliche Gesundheitswesen im Interesse privater Profite
163 ausgehöhlt. Die Zwei-Klassen-Medizin ist schon längst Realität. Die Corona-
164 Pandemie hat bewiesen, wie wichtig ausfinanzierte, krisensichere und für alle
165 zugängliche Gesundheitssysteme sind. Gleichzeitig steigt die Belastung für die
166 Beschäftigten im Gesundheitsbereich und bringt diese immer öfter auf die Straße.

167 Zudem fehlt vielen Menschen der Zugang zur Gesundheitsversorgung, sei es, weil
168 sie nicht mehr versichert sind, die Wege viel zu weit sind oder schlicht sie keinen
169 Arzttermin bekommen. Gleichzeitig sollen weitere Krankenhäuser und Standort in
170 Rheinland-Pfalz geschlossen werden. Das ist mit uns nicht zu machen – Gesundheit
171 ist keine Ware!

172 Wir fordern deshalb:

- 173 • die aktive Unterstützung des Pflege-Notstands und die Unterstützung
174 der Forderungen der Beschäftigten
- 175 • Keine weiteren Krankenhausschließungen
- 176 • Anreize für die Ansiedelung von Ärzt*innen auf dem Land
- 177 • Flächendeckender Einsatz von Gemeindeschwestern
- 178 • die Einführung von anonymen Krankenscheinen
- 179 • elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete
- 180 • ehrenamtliche Helfer*innen kommunal anerkennen und bezahlen

181

182 **8. Für eine vielfältige Kultur**

183 Kultur ist ein Bestandteil des täglichen Lebens. Sie hat eine soziale
184 Integrationsfunktion und ist ein Ort der Begegnung und des Dialogs. Um kulturelle
185 Teilhabe für alle zu ermöglichen, müssen die Kulturetats raus aus den „freiwilligen
186 Leistungen“ und als kommunale Pflichtaufgabe gelten. Diese Forderung stellen wir
187 gegenüber der Landesregierung.

188 Wir fordern deshalb:

- 189 • kommunale Kulturentwicklungspläne
- 190 • eine umfangreiche und gleichberechtigte Förderung der institutionellen
191 und der freien Kulturszene

- 192 • selbstbestimmte Räume für Jugendliche sowie selbstverwaltete
193 Jugend- und Kulturzentren
- 194 • freien Eintritt in kommunale Museen und Kulturdenkmäler
- 195 • Herabsetzung der Hürden für Umzüge in den Dörfern
- 196 • Schwimmbäder und Sportanlagen fördern

197

198 **9. Für gerechte und gute Bildung - lebenslang**

199 Kindertagesstätten und Schulen müssen allen Kindern und Jugendlichen eine
200 gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen und würdige motivierende Lern- und
201 Lebensorte sein. Unzureichende z.T. stinkende Toilettenanlagen, lieblos gestaltete
202 Schulhöfe, eindringender Regen und Nässeschäden, Schimmelbildung, fehlende
203 Barrierefreiheit sowie der permanente Rummangel sind die Belege für die
204 jahrzehntelange Vernachlässigung von Instandhaltung und Sanierungspflichten in
205 den meisten Kommunen. Die dringend notwendige Schulsozialarbeit vor allem an
206 den weiterführenden Schulen (Gymnasien) muss umgesetzt und ausgebaut werden.
207 Alle Kinder und Jugendlichen erhalten die Förderung, die sie brauchen - egal an
208 welcher Schule. Jede Schule wird inklusiv - Abschlüssen und Sitzenbleiben müssen
209 abgeschafft werden. Kinderarmut ist immer auch mit einem Mangel an gesunder
210 Ernährung verbunden. Hunger in der Schule hindert erfolgreiches Lernen. Kinder
211 ohne Frühstück und Mittagessen sind benachteiligt. Inklusiv Schulen bieten eine
212 kostenlose Schulverpflegung für alle Kinder und Jugendlichen an und eine qualitativ
213 hochwertige ganztägige Förderung und Betreuung in Schulen und Horten.

214 Das Recht auf gute und gerechte Bildung gilt lebenslang! Von der Kita bis ins
215 Senior*innenalter müssen die Kommunen inklusive und gute Bildungsangebote
216 vorhalten!

217 Wir fordern deshalb:

- 218 • Nein zu maroden Schulen – Sanierungsstau auflösen
- 219 • Schulsozialarbeit an allen Schulen
- 220 • Kostenlose ganztägige Verpflegung für alle Schüler:innen
- 221 • Verpflichtende (kostenlose) Schulbuchausleihe für alle Schüler
- 222 • Chancengleichheit herstellen - inklusive Schulen
- 223 • Qualitativ gute ganztägige Förderung für alle Bedarfe

224 • eine Ausbildungsgarantie für alle und die damit verbunden
225 Verpflichtung des Arbeitgebers zur Schaffung von ausreichenden
226 Ausbildungsplätzen

227 • die unabhängige Lehre und Forschung und das Werbeverbot für
228 militärische und privatwirtschaftliche Organisationen

229 • Gute lebenslange Bildung für alle

230

231 **10. Für echten Feminismus**

232 Frauen* leisten immer noch den größten Teil der Sorgearbeit, sind in politischen
233 Gremien unterrepräsentiert und jede dritte Frau erfährt mindestens einmal in ihrem
234 Leben körperliche und / oder sexualisierte Gewalt. So darf es unserer Ansicht nach
235 nicht bleiben. Wir wollen Teile der Haus- und Fürsorgearbeiten gemeinschaftlich
236 organisieren. Bei allen kommunalen Entscheidungen und der Verteilung von
237 Ressourcen in den Städten und Gemeinden sollen die Auswirkungen auf die
238 Geschlechter beachtet und ihre Gleichbehandlung sichergestellt werden. Wir wollen
239 „Sorgende Städte und Gemeinden“, die eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur für
240 die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner bieten.

241 Wir fordern deshalb:

- 242 • Pilotprojekte zur Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien
243 zu kommunalen Sorgezentren mit sozialer Beratung, günstigem Essen,
244 Kitas, Pflege- und Gesundheitsangeboten zu starten
- 245 • Zugang zu Bildung und Kinderbetreuung: Schaffung von bezahlbaren
246 Bildungseinrichtungen und Kinderbetreuungsdiensten, um die
247 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.
- 248 • Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen*: Erhöhung der Ressourcen für
249 Opfer häuslicher Gewalt und sexueller Übergriffe, um Frauen* zu
250 schützen und zu unterstützen.
- 251 • Umsetzung der Istanbul-Konvention
- 252 • Bedarfsgerechte Finanzierung von Frauen- und Kinderhäusern sowie
253 Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen*
- 254 • Kommunale Angebote zur Frauengesundheitsförderung ausbauen,
255 Hebammen und Geburtshilfe in den Krankenhäusern erhalten.
- 256 • Kulturelle Veränderungen: Förderung von Bildungs- und
257 Sensibilisierungsmaßnahmen, um Geschlechterstereotypen abzubauen
258 und ein Bewusstsein für feministische Anliegen zu schaffen.
- 259 • eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (gender budgeting) und
260 die Pflicht zur Prüfung der Auswirkungen kommunaler Entscheidungen
261 auf die Geschlechter (gender mainstreaming)
- 262 • Gleichstellung: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in allen
263 kommunalen Institutionen und politischen Gremien, um sicherzustellen,
264 dass Frauen* angemessen vertreten sind.

- 265
- 266
- 267
- 268
- 269
- 270
- 271
- Wohnraum: Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum und Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, um Wohnungslosigkeit und Wohnungsunsicherheit bei Frauen* zu bekämpfen.
 - Sicherheitsaspekte in der Stadtplanung mitdenken (breite Gehwege, gute Beleuchtung) Flächendeckend saubere und barrierefreie öffentliche Toiletten, die auch mit einem Kinderwagen begehbar sind und Wickelmöglichkeiten bieten.

272

273 **11. Für einen gelebten Antifaschismus**

274 Dem sich verschlimmernde Rechtsruck in Deutschland und in Europa muss ein
275 emanzipatorischer Antifaschismus gegengehalten werden. Wir, Die LINKE, verstehen
276 uns im selbstverständlich nicht nur als aktive Kraft gegen Rechts, sondern auch als
277 verlängerten Arm der örtlichen antifaschistischen Strukturen in den Räten und
278 Parlamenten. Neben der wichtigen Netzwerkarbeit, bestärken wir hier die Tradition,
279 dass Faschismus auf allen Ebenen bekämpft werden muss.

280 Dabei sehen wir uns zum einen in verstärkt in Bündnissen der aktiven NGOs, aber
281 stellen allzu oft fest, dass wir alleine im Parteienspektrum standhaft stehen. In vielen
282 Kreisen und Städten, wird die AfD schon als demokratischer Partner*in, mal mehr
283 und mal weniger, von Parteien für Mehrheitsgewinnung mit einbezogen. Wir lehnen
284 dies entschieden ab. Wehret den Anfängen kann aus der historischen
285 Verantwortung nur die einzig vernünftige Haltung sein.

286 Gleichzeitig erkennen wir die Problematik, dass in RLP jenseits Städte, viele Kreise
287 hierbei alleingelassen werden. Dies möchten wir auch kommunalpolitisch lösen und
288 eine kreisübergreifende Solidarität leben.

289 SIAMO TUTTI ANTIFASCISTI!

290 Wir fordern deshalb:

- 291
- 292
- Aktive antifaschistische Grundhaltung mit konsequenter Arbeit gegen rechtsextreme Positionen
- 293
- Eine aktive Erinnerungskultur für die Opfer des Nationalsozialismus
- 294
- Förderprojekte für Rechtsextremismusprävention vor Ort
- 295
- Recherche-Arbeit der rechten Strukturen und eine lückenlose Veröffentlichung
- 296
- 297
- Kampf gegen institutionellen Rassismus und Rechtsextremismus in Behörden
- 298
- 299
- Schutz aller vulnerablen Gruppen gegen Hetze

300

- Völlige demokratische Delegitimierung der AfD

301

P-03

Resolution

Faschismus entschlossen bekämpfen - antifaschistischen Widerstand organisieren

Antragsteller*in: Kreisvorstand Mainz / Mainz-Bingen

Schritt für Schritt erobert sich der Faschismus in Deutschland Deutungsmacht, Diskursraum und Zustimmung. Die Grenze des Sagbaren verschiebt er immer weiter nach rechts. Das hat bereits jetzt gravierende Folgen für Menschen, die der Faschismus zu Minderwertigen erklärt: Queers, PoC, Muslim*innen, Behinderte, Frauen, Geflüchtete... erleben vermehrt Abwertungen, Beschimpfungen, Hass und Hetze, nicht nur in den sozialen Medien, sondern auch im Alltag. Das Leben wird unsicherer. Auch Gewalttaten sind keine Seltenheit mehr. Von der faschistischen Hetze ermutigt sind immer mehr Menschen bereit, ihrem Hass Taten folgen zu lassen. Sie bedrohen, prügeln und morden. Der Terror des NSU, die Ermordung Walter Lübkes und die Anschläge von Hanau und Halle sind keine Einzelfälle. Sie sind Ergebnis einer stetigen Radikalisierung Einzelner und der Gesellschaft insgesamt. Ihnen werden weitere faschistische Terrorakte folgen.

Als politischer Arm des Faschismus hat sich die AfD mittlerweile etabliert. Unverhohlen hetzt sie gegen Minderheiten, insbesondere aber gegen Geflüchtete, Migrant*innen und Menschen, die die patriarchalen Machtverhältnisse in Frage stellen. In einer Zeit, in der das Wohlstandsversprechen für immer weniger Menschen eingelöst wird, in der Kriege, Naturkatastrophen und die notwendige ökologische Transformation der Wertschöpfung die Verteilungsfrage stetig zuspitzen und in der die regierenden Parteien auf den Dogmen des Neoliberalismus („Es gibt nichts zu verteilen“) beharren, kann die AfD problemlos und überaus erfolgreich mit der faschistischen Verteilungsparole „Deutsche zuerst“ punkten. Das zeigte sich zuletzt bei Landtagswahlen: In Hessen wurde die AfD mit 18,4 % zweitstärkste Partei, in Bayern nach der CSU und den Freien Wählern mit 14,7 % drittstärkste Kraft. In den neuen Bundesländern kann die AfD damit rechnen, bei den nächsten Wahlen stärkste Fraktion in den Landesparlamenten zu werden und auch in der Sonntagsfrage kommt sie aktuell auf deutlich über 20 %. Eine Regierungsbildung mit Faschisten wird damit in Deutschland wieder denkbar, denn auch die sogenannte „Brandmauer nach rechts“ hat bereits jetzt etliche Schwachstellen. Und auch International gelangen immer mehr rechte und faschistische Parteien und Führer*innen an die Macht.

In Rheinland-Pfalz bekam die AfD bei der letzten Landtagswahl 8,3 Prozent der Stimmen. In aktuellen Umfragen kommt sie aber auch hier bereits auf über 16 Prozent. Mit der Gründung des „Zentrum Rheinhessen“ in Mainz, betreibt die AfD offen und unverhohlen einen Vernetzungs- und Veranstaltungsort für Rechte und Rechtsextremist*innen innerhalb und außerhalb der Partei. Ganz gezielt nutzt die AfD ihre Fassade als demokratisch legitimierte Partei, um hier eine rechte Kaderschmiede zu unterhalten und die Radikalisierung von Mitgliedern und Sympathisant*innen voranzutreiben. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Rückzugsraum der extreme Rechten auch Umsturz-, Bürgerkriegs- und Terrorfantasien kursieren.

Diese Entwicklungen besorgen uns zutiefst. Die demokratischen Parteien der sogenannten Mitte reagieren auf die faschistische Polarisierung mit an einer Annäherung ihrer politischen Positionen an das rechte Lager. Das wiederum gibt der AfD und der Diskursverschiebung nach rechts noch mehr Auftrieb. Jede Stimme, die man der AfD auf diesem Weg abnehmen kann, hat einen Preis. Und diesen Zahlen Menschen, deren Situation schon jetzt höchst prekär ist: Migrant*innen und

Geflüchtet. Ihre ökonomische und soziale Situation, aber auch ihre physische und psychische Sicherheit werden zur reinen Disponiermasse. Sie verlieren zunehmend ihre politische Lobby und finden kaum noch Beachtung mit ihrem Leid, geschweige denn mit ihren Forderungen nach Gleichberechtigung und Sicherheit.

Die politische und gesellschaftliche Linke muss sich dieser Entwicklung erkennbar widersetzen. Wir wollen uns konsequent auf die Seite der Unterprivilegierten stellen, also auf die Seite derjenigen die brutal ausgegrenzt werden – und zwar unabhängig davon, ob die Ausgrenzung mit dem ökonomischen/sozialen Status oder eben mit der Herkunft, dem Geschlecht, der sexueller Orientierung, der Hautfarbe etc. gerechtfertigt wird. Hier darf es kein Wackeln und auch keine Ausnahmen geben.

Angesichts der massiven Diskursverschiebung wird dieser Grundsatz aber auch in der LINKEN regelmäßig in Frage gestellt, verschwiegen oder nur sehr vorsichtig benannt, da die verteilungspolitischen Alternativen der neuen Faschisten auch bei den Ausgegrenzten und Unterprivilegierten selbst Anklang finden. Der Versuch, gleichzeitig einerseits offen zu bleiben für diejenigen, die den Rechten bereits zustimmen und andererseits mit sozialpolitischen Forderungen Mitstreiter*innen und Wähler*innen zu gewinnen muss aber - spätestens nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen - als gescheitert angesehen werden. Die Polarisierung von Rechts braucht einen erkennbaren Gegenpol, der genauso unzweifelhaft für die Gleichheit der Menschen eintritt, wie die Faschisten diese ablehnen. Die Entscheidungsfrage – auf welcher Seite willst du stehen? - muss gestellt und sie muss von jedem*jeder Einzelnen beantwortet werden.

Mit denjenigen, die den Faschismus verhindern wollen, müssen wir für eine Gesellschaft kämpfen, in der das Gleichheitsversprechen radikal eingelöst wird. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen die bestehenden Machtverhältnisse überwunden und gelernt haben, friedlich, fair und solidarisch miteinander zu leben. Diese Vorstellung vom gesellschaftlichen Zusammenleben kann angesichts der eingetretenen Polarisierung aktuell nicht alle – und leider auch nicht alle Ausgegrenzten - mitnehmen. Manche, vielleicht auch viele, werden sich entscheiden, mit den Faschisten zu gehen und damit ein System unterstützen, dass bestehende Ungleichheit und Ausbeutungsverhältnisse zum eigenen Vorteil nutzt. Aber auf die dürfen wir nicht länger warten. Wir brauchen unsere Ressourcen für eine linke Gegenoffensive, die den Widerstand gegen den Faschismus organisiert und diejenigen verteidigt, die der Faschismus bereits jetzt massiv bedroht, bekämpft und bei seiner Machtübernahme erbarmungslos verfolgen wird. Die LINKE als Partei steht in der Verantwortung ihre verbleibenden Organisationsressourcen (Strukturen, Erfahrung, Vernetzung etc.) in den Dienst der Organisation dieses antifaschistischen Widerstands zu stellen.

Die LINKE in Rheinland-Pfalz und ihre Kreisverbände werden sich verstärkt an antifaschistischen Aktionen, Bündnissen und Netzwerken beteiligen und/oder diese initiieren. Wir bringen unsere Solidarität mit denjenigen zum Ausdruck, die von rechter Hetze, Ausgrenzung und Gewalt betroffen sind. Wo immer möglich, versuchen wir Übergriffe zu verhindern und wo diese bereits geschehen sind, sorgen wir für öffentliche Wahrnehmung und Strafverfolgung. Wir bieten eine Plattform für Betroffene und für antifaschistisch Engagierte. Wir informieren über rechte Kaderschmieden, Denkfabriken und Tagungszentren, wie dem „Zentrum Rheinhessen“, und beteiligen uns an Gegenprotesten. Wir stellen uns rechten und faschistischen Parolen und Aktivitäten entschlossen entgegen und machen deutlich: Wir stehen auf der anderen Seite! Wir sind der Gegenpol – Ohne Wenn und Aber!

Resolution

Asylrecht ist Menschenrecht!

Antragsteller*in: Kreisvorstand Mainz / Mainz-Bingen

DIE LINKE.RLP steht ein für ein wirksames Recht auf Asyl. Menschen die fliehen, müssen in Deutschland einen sicheren Zufluchtsort finden. Für sie müssen die gleichen Rechte gelten, wie für Menschen, die schon immer in Deutschland leben. Das gilt insbesondere für die Zahlung von Sozialleistungen, medizinische Versorgung und die Zugänge zu Bildung und Arbeitsmarkt. Asyl ist ein Menschenrecht, die Versorgung, Integration und Sicherheit Geflüchteter eine moralische Verpflichtung. Das Recht auf Asyl muss der Verwertungslogik entzogen werden: Geflüchtete brauchen Schutz und Solidarität unabhängig von der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Seit Monaten beherrschen die Themen Flucht und Einwanderung die öffentliche Debatte. Dabei dominieren diejenigen Stimmen, die Geflüchtete als Bedrohung für den deutschen Staat darstellen. Der Bundespräsident fordert weniger Immigration, der Bundeskanzler will mehr Abschiebungen und die Bundesinnenministerin stimmt einer Verschärfung des EU-Asylrechts mit Internierung zu. Dies alles reiht sich ein in eine jahrzehntelange Aushöhlung des Asylrechts. Es wird immer schwieriger, nach Deutschland zu fliehen und Asyl zu erhalten. In Deutschland lebende Geflüchtete sind mit Rassismus konfrontiert: struktureller Rassismus zeigt sich unter anderem im Asylbewerberleistungsgesetz, das Geflüchtete gegenüber anderen hier lebenden Menschen schlechter stellt. An der Besserstellung ukrainischer Geflüchteter zeigt sich jedoch: Eine bessere, menschliche Flüchtlingspolitik ist möglich.

Daher fordert DIE LINKE.RLP:

1. Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG): Geflüchtete sollen ein Anrecht auf alle Sozialleistungen haben. Das beinhaltet auch die Abschaffung der Ausgabe von Gutscheinen anstelle von Bargeld.
 2. Den Wiederaufbau und die Erweiterung der Aufnahmekapazitäten in Rheinland-Pfalz.
 3. Die Abschaffung der Wohnpflicht. DIE LINKE.RLP befürwortet die freie Wohnortwahl für Geflüchtete.
 4. Die vollständige Abschaffung der Arbeitsverbote und den effektiven Schutz vor prekärer Beschäftigung und Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt.
 5. Die Vereinfachung und Entbürokratisierung der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen.
 6. Das Recht auf Bildung nach dem 16. Lebensjahr. Das Land Rheinland-Pfalz muss mehr Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Geflüchtete schaffen.
 7. Den umfassenden Familiennachzug für alle Geflüchteten und Kindergrundsicherung für alle Kinder in Deutschland - auch für subsidiär Geschützte.
 8. Das aktive und passive Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen.
 9. Die Einbürgerung soll auch ohne gültige Ausweisdokumente und mit verkürzter Wartezeit nach deutschem Bildungsabschluss möglich sein.
 10. Die Schaffung legaler und sicherer Flucht- und Migrationsrouten nach Deutschland.
 11. Die Bildung von Geflüchtetenräten, die die Regierungen beraten.
- Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtende!

Antragsbegründung

Menschen fliehen vor immer mehr Krisen, Kriegen und politischer Verfolgung. Zu den alten Fluchtursachen addiert sich die Klimakrise. Eine steigende Anzahl Menschen sieht sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, da Dürren, Unwetter und Überschwemmungen immer mehr fruchtbare Regionen der Erde verwüsten. Der Verteilungskampf um Wohlstand wird durch die Klimakatastrophe noch einmal verschärft.

Geflüchtete Menschen sollen arbeiten dürfen. Der Mensch sucht nach sinnvoller Beschäftigung und findet diese in Arbeit, Bildung und zivilgesellschaftlichem Engagement. Das Arbeitsverbot ist politisch gewollte verhinderte Integration und führt zu Aggression und Apathie unter den Geflüchteten. Angesichts des branchenübergreifenden Fach- und Arbeitskräftemangels sind hunderttausende Menschen in arbeitsfähigem Alter auch eine große Chance für die rheinland-pfälzische Wirtschaft und das deutsche Sozialsystem.

Bildungsabschlüsse und Berufserfahrung von Geflüchteten sollen einfacher nachgewiesen und anerkannt werden können. Der Ministerrat nutzt hier seinen Spielraum zu wenig. Das Land Rheinland-Pfalz muss mehr Integrationskurse, Deutschkurse und Weiterbildungsmöglichkeiten für Geflüchtete schaffen.

Der Familiennachzug muss vereinfacht und schneller möglich werden. Dabei darf die Kernfamilie nicht auseinandergerissen werden, sondern muss als ganze zusammengeführt werden können. Die Kindergrundsicherung muss für alle in Deutschland lebenden Kinder gelten. Die Kinderarmut ist und bleibt eine der schlimmsten sozialen Ungerechtigkeiten, da sie eine der wehrlosesten Menschengruppen trifft. Dabei darf die Herkunft des Kindes absolut keine Rolle spielen. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass der Familiennachzug auch für subsidiär Geschützte gilt. Der subsidiäre Schutz soll unbefristet gelten und erst nach dem Ende des Grundes enden. Eine Einbürgerung muss für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, nach wenigen Jahren auch ohne eindeutige Klärung der Identität möglich sein, da beispielsweise Pässe eingezogen werden können. Die Einbürgerung soll nach Erwerb von deutschen Abschlüssen verkürzt möglich sein.

Alle Menschen, die in Rheinland-Pfalz wohnen, sollen nach Erteilung des Bleiberechts das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Geflüchtete sollen außerdem die Regierungen in gewählten Geflüchtetenräten beraten.

Ersetzungsantrag zu P-01, Punkt 10.

Antragsteller*in: Feministischer Stammtisch Mainz, Rebecca Ruppert

10. Für echten Feminismus

Frauen* leisten immer noch den größten Teil der Sorgearbeit, sind in politischen Gremien unterrepräsentiert und jede dritte Frau* erfährt mindestens einmal in ihrem Leben körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Frauen*, Alleinerziehende und Seniorinnen haben ein besonders hohes Armutsrisiko.

So darf es unserer Ansicht nach nicht bleiben. Wir wollen Teile der Haus- und Fürsorgearbeiten gemeinschaftlich organisieren. Bei allen kommunalen Entscheidungen und der Verteilung von Ressourcen in den Städten und Gemeinden sollen die Auswirkungen auf die Geschlechter beachtet und ihre Gleichbehandlung sichergestellt werden. Wir wollen „Sorgende Städte und Gemeinden“, die eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur für die Bedürfnisse der Bewohnerinnen* und Bewohner bieten.

Wir fordern deshalb:

- Pilotprojekte zur Umwandlung von geeigneten Immobilien (z. B. leerstehenden Gewerbeimmobilien) zu kommunalen Sorgezentren mit sozialer Beratung, günstigem Essen, Kitas, Pflege- und Gesundheitsangeboten zu starten
- Zugang zu Bildung und Kinderbetreuung: Schaffung von bezahlbaren Bildungseinrichtungen und Kinderbetreuungsdiensten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.
- Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum und Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, um Wohnungslosigkeit und Wohnungsunsicherheit bei Frauen* zu bekämpfen
- Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen*:
Erhöhung der Ressourcen für Opfer häuslicher Gewalt und sexueller Übergriffe, um Frauen* zu schützen und zu unterstützen,
Umsetzung der Istanbul-Konvention,
und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauen- und Kinderhäusern sowie Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen*
- Kommunale Angebote zur Frauengesundheitsförderung, sexueller Aufklärung und Abtreibung ausbauen,
Hebammen und Geburtshilfe in den Krankenhäusern mindestens erhalten.
- Geburtshilfliche Betreuung auch für nicht-krankenversicherte oder wohnungslose Schwangere sicherstellen

- Förderung von Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für alle Geschlechter, um Geschlechterstereotypen abzubauen und ein Bewusstsein für feministische Anliegen zu schaffen
- Niedrigschwellige Beratungsangebote für Frauen*, wie (Alters-)Armut vorgebeugt werden kann; sowie gezielte Programme zur Absicherung gegen Armut bei Frauen* in benachteiligten Wohngebieten
- Eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (gender budgeting) und die Pflicht zur Prüfung der Auswirkungen kommunaler Entscheidungen auf die Geschlechter (gender mainstreaming), auch im Hinblick auf Intersektionalität
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in allen kommunalen Institutionen, politischen Gremien und bei kommunalen Veranstaltungen, um sicherzustellen, dass Frauen* angemessen und gleichberechtigt vertreten sind
- Sicherheitsaspekte in der Stadt- und Verkehrsplanung mitdenken:
Breite Gehwege, bei Dunkelheit gute Beleuchtung und individuelle Bus-Ausstiegsmöglichkeiten auch außerhalb von Haltestellen
- Flächendeckend saubere barrierefreie öffentliche Toiletten und geschlechterunabhängige Wickelmöglichkeiten. Sitztoiletten beanspruchen mehr Platz als Pissoirs. Deshalb soll in öffentlichen Gebäuden und bei Veranstaltungen darauf geachtet werden, dass die Anzahl von Toilettenmöglichkeiten für Frauen* und Männer bedarfsgerecht berechnet wird. Menstruationsartikel sollen kostenlos auf Toiletten in öffentlichen Einrichtungen angeboten werden (genau wie Toilettenpapier).

P-01 – Ä02

Ersetzungsantrag Zeile 173-174

Antragsteller*in: Rebecca Ruppert

Neu:

- die aktive Unterstützung des Bündnisses PflegeAufStand Rheinland-Pfalz z.B. durch Bewerbung von Veranstaltungen oder Bereitstellung von Räumen und die Unterstützung der Forderungen der Beschäftigten.

A – weitere Anträge

Anträge an den Landesparteitag mit Bezug auf die Landes- oder Bundespartei.

Organisatorische Grundlage für ein Comeback der LINKEN in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Landesvorstand

DIE LINKE in Rheinland-Pfalz hat sich unterschiedlich schnell entwickelt und ist unterschiedlich vor Ort verankert. Während wir vor allem in den Städten mittlerweile große Stadt- und Kreisverbände haben, hinken viele Landkreise noch etwas hinterher. Gleichwohl haben wir auch in vielen Dörfern engagierte Genoss*innen, die leider viel zu oft über weite Strecken verstreut sind oder die Kreisgrenzen an einer besseren und effektiveren Zusammenarbeit hindern.

Die Ereignisse rund um die Neugründung einer konkurrierenden Partei geben uns Anlass, die Struktur und die bisherige Entwicklung zu überdenken und zu evaluieren. Dabei sind die starren Kreisgrenzen oftmals ein Hindernis und gleichwohl müssen auch in kleineren Kreisverbänden dieselben organisatorischen Aufgaben wahrgenommen werden, wie in Mitgliederstärkeren. Ein Comeback der LINKEN kann nur gelingen, wenn wir unsere Art zu arbeiten und zu organisieren verändern und oftmals ungeliebte und zeitraubende, jedoch gleichsam wichtige Aufgaben zentralisieren.

Reorganisation der Kreisverbände

Den Ausgangspunkt unserer Überlegungen bildet eine Umstellung der Struktur der Kreisverbände in unserem Bundesland. Wir wollen Kreisverbände wo es sinnvoll ist zusammenlegen und damit den Grundstein für eine neue Entwicklung vor Ort legen. Dabei spielen regionale Zugehörigkeiten ebenso eine Rolle, wie sinnvoll Wege und einem Zentrum, welches die Entwicklung in der Fläche vorantreiben kann. Wichtig ist, dass jedes Mitglied und vor allem auch Interessierte und Neumitglieder wieder Ansprechpartner*innen finden.

Zur Reorganisation gehört die Einführung von Bezirksverbänden, welche nach §13,2 Bundessatzung möglich ist und welche wir nun nutzen möchten. Rheinland-Pfalz wird sich unter Berufung auf §13,3 Bundessatzung ab dem 31.12.2023 auf insgesamt 17 Stadt-, Bezirks- und Kreisverbände aufteilen.

Benennung	Gebietsverband neu	Beinhaltete Verwaltungsgebiete	
KV	Altenkirchen	Altenkirchen	28
KV	Neuwied	Neuwied	42
KV	Westerwald	Westerwald	33
KV	Ahrweiler	Ahrweiler	26
KV	Mayen-Koblenz	Mayen-Koblenz	34
Bezirksverband	Koblenz / Rhein-Lahn		75
		Koblenz	59
		Rhein-Lahn	16
Bezirksverband	Eifel-Mosel		49
		Vulkaneifel	14
		Bitburg-Prüm	11
		Bernkastel-Wittlich	24
Bezirksverband	Hunsrück-Nahe		72
		Bad Kreuznach	46
		Rhein-Hunsrück	21

		Cochem-Zell	5
SV	Trier	Trier	86
KV	Trier-Saarburg	Trier-Saarburg	43
KV	Mainz / Mainz-Bingen	Mainz / Mainz-Bingen	271
KV	Birkenfeld	Birkenfeld	27
Bezirksverband	Westpfalz		237
		KL-Stadt	45
		KL-Land	54
		Pirmasens	108
		Südwestpfalz	0
		Kusel	19
		Zweibrücken	11
SV	Speyer	Speyer	45
KV	Alzey-Worms / Donnersberg		100
		Alzey	84
		Worms	0
		Donnersberg	16
Bezirksverband	Vorderpfalz		141
		Ludwigshafen	77
		Frankenthal	30
		Rhein-Pfalz-Kreis	0
		Bad Dürkheim	34
		Neustadt	0
Bezirksverband	Südpfalz		67
		Landau	54
		Südliche Weinstr.	0
		Germersheim	13

Aus formalen Gründen, handelt es sich bei der Umstellung um eine Aufnahme der Landkreise in den jeweiligen Stadtverband und eine anschließende Umbenennung. Im Falle Südpfalz handelt es sich um einen Übertritt der Landkreise in den bisher bestehenden KV Landau / Südliche Weinstr., im Falle Hunsrück-Nahe einen Übertritt zum bisherigen KV Bad Kreuznach, im Falle Eifel-Mosel einen Übertritt zum bisherigen KV Vulkaneifel. Weiterhin ist das mittelfristige Ziel, Kreisverbände nach einer entsprechenden Entwicklung wieder auszugliedern und somit zu einer kleinteiligeren Struktur der Kreisverbände zurück zu kehren.

Regionale Ansprechpartner*innen schaffen und Aufgaben aufteilen

Die neugeschaffenen Gebietsverbände sind groß und brauchen Betreuung, um uns vor Ort wieder sichtbar und erlebbar zu machen. Damit dies mit geringem formalem Aufwand geschehen kann, sehen wir von der Bildung von Ortsverbänden ab. Ortsverbände haben sich in unserem Bundesland kaum etabliert und fügen nur eine weitere formale Ebene ein, welche wiederum Zeit und Kraft bindet.

Wir wollen einen anderen Weg gehen. Mit Beauftragten für die einzelnen Landkreise sollen konkrete Ansprechpartner*innen benannt werden, welche die Arbeit vor Ort organisieren können und als Ansprechpartner*in für Mitglieder fungieren. Das setzt sowohl gegenseitiges Vertrauen voraus, als auch den gemeinsamen Willen, die Partei nach vorne zu entwickeln. Ein zum Beginn des Jahres beschlossenes Budget innerhalb der Bezirks- und Kreisverbände für die einzelnen

enthaltenen Gebietskörperschaften schafft Sicherheit und macht ein eigenverantwortliches und unbürokratisches Agieren möglich.

Lange Zeit war die Geschichte des Landesverbandes durch Streitereien geprägt. Diese Kultur haben wir alle gemeinsam durchbrochen und uns mittlerweile längst ein anders Miteinander und eine andere Debattenkultur zugelegt. Nun muss sich dies auch in einer Veränderung der Organisation widerspiegeln. Wir setzen auf gegenseitiges Vertrauen, die Verteilung der Aufgaben auf mehrere Schultern und eine nach vorn gerichtete, offene und ehrliche Fehlerkultur.

Neuregelung der Abrechnung

Die Finanztätigkeit in den Kreisverbänden bindet viel Kraft und es gibt immer weniger Genoss*innen, welche das wichtige Amt der Kreisschatzmeister*in begleiten möchten. Das liegt nicht nur an der hohen Verantwortung, sondern auch wegen der zur Verfügung stehenden Zeit der einzelnen Personen.

Der Landesverband wird die Buchhaltung für alle Bezirks-, Kreis- und Stadtverbände übernehmen, wenn diese das Wünschen. Hierbei verbleibt die Entscheidung über Ausgaben und deren Tätigkeit beim Kreisverband, wohingegen die gesamte Administration in der Landesgeschäftsstelle zentralisiert wird. Die konkreten Abläufe und Regularien werden durch den Landesschatzmeister bekannt gegeben und den Gebietsverbänden übermittelt.

Kandidaturen

Kandidaturen zum Landesparteitag für den Landesvorstand, die Schiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission.

Derzeit liegen keine Kandidaturen vor.